

## Neu: Journal für politische Bildung

Seit 1997 gibt der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) die Zeitschrift »Praxis Politische Bildung« (PPB) heraus. Der bap ist eine Arbeitsgemeinschaft, in der rund 30 selbstständige und eigenverantwortliche Träger außerschulischer politischer Bildung kooperieren. Für die Fachkräfte und Bildungsverantwortlichen, aber auch für den breiten Kreis der Multiplikatoren und Interessenten wurde vom bap das Diskussionsforum »Praxis Politische Bildung« ins Leben gerufen.

Nach 14 Jahrgängen fusioniert »PPB« nun mit der Fachzeitschrift »Kursiv«, die ebenfalls seit 1997 im Wochenschau-Verlag erscheint und ursprünglich auf den Gesamtbereich von Schule, Hochschule und Weiterbildung ausgerichtet war. Ab 2011 erhält die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland mit dem »Journal für politische Bildung« ein neues, übergreifendes Fachmedium. Es wird vom bap und dem Wochenschau-Verlag (Schwalbach/Ts.) herausgegeben. Die neue Vierteljahrszeitschrift versteht sich als Forum für den fachlichen Diskurs der außerschulischen Bildungsszene. Die Profession kann hier

- Praxis reflektieren, didaktische Fragen klären, Projekte entwerfen,
- in politische Entwicklungen intervenieren,
- Schnittstellen zu anderen Praxisfeldern thematisieren und Debatten aufgreifen.

Die redaktionelle Leitung liegt bei Johannes Schillo, dem ehemaligen PPB-Redakteur. Weitere Redaktionsmitglieder sind Prof. Benno Hafener (Universität Marburg), Akademiedirektor Benedikt Widmaier (Heppenheim) und Prof. Christine Zeuner (Bundeswehrhochschule Hamburg). Schwerpunkte der ersten Ausgaben sind Zukunftsfähigkeit und Zivilgesellschaft, Praxisforschung, Partizipation und Teilhabe. Alle Mitarbeiter der Erwachsenenbildung sind zur Mitwirkung eingeladen. Kontakt: [journal@wochenschau-verlag.de](mailto:journal@wochenschau-verlag.de).

js

## BILDUNG UND SPARPOLITIK

# Politische Bildung – ein Schlüssel zur Demokratie

## Empörung über Kürzungspläne

Der Schock für die Träger der politischen Bildung war groß, als die Absicht der Bundesregierung bekannt wurde, den Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu kürzen (vgl. »Bildung heute« in: EB 3/10). Ausgerechnet bei der Fachtagung über die Bedeutung pädagogischer Bemühungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erklärte der Bundesinnenminister, dass die außerschulische politische Bildung – man muss schon sagen: in massiver Weise – in die jüngste Sparpolitik einbezogen werden soll. Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Lothar Harles, Vorsitzender des bap, mahnte noch in der Konferenz an, dass für die von politischer Seite verlangte fachliche Kompetenz der Profession politischer Bildung öffentliches Geld unbedingt nötig sei. Zwar sei es verständlich, dass beim BMI alle Titel gleichmäßig reduziert werden sollen; es könne aber nicht alles gleich behandelt werden. Auch seien die Folgen der Kürzungen zu bedenken. »Es wäre fatal«, so Harles, »wenn sich der Staat aus der Aufgabe, durch politische Bildung gemeinsam mit den gesellschaftlichen Trägern die Demokratie zu stärken, Schritt für Schritt verabschieden würde.«

In der Folge gab es zahlreiche Reaktionen, so aus dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (s. EB 3/10) und weiteren Bildungsträgern. Aus dem parlamentarischen Raum kam z.B. das Statement der stellvertretenden Vorsitzenden des bpb-Kuratoriums, der SPD-Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe: »Mit den angekündigten Kürzungen bei der Bundeszentrale bricht Schwarz-Gelb das Versprechen, nicht bei der Bildung zu sparen. Für die politische Bildung in Deutschland hätte ei-

ne Etat Kürzung bei der Bundeszentrale um mehr als 13 Prozent verheerende Folgen. Es ist fraglich, welchem Begriff von Bildung die Bundesregierung anhängt, wenn sie ausgerechnet die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation von ihrer Finanzierungszusage ausnimmt. Das ist beschämend.« Und sie forderte den Innenminister auf, »sich dafür einzusetzen, dass die bedeutsame und erfolgreiche Arbeit der Bundeszentrale in der bewährten Qualität fortgeführt werden kann.«

## Kampagne des bap

Der Bundesausschuss Politische Bildung, in dem auch die katholische Erwachsenenbildung mitarbeitet, hat daher im Juli 2010 die Kampagne »Demokratie braucht politische Bildung« ins Leben gerufen. Der bap will deutlich machen: Die Lage ist ernst, die Bundesförderung der politischen Bildung ist gefährdet. Laut Entwurf des Bundeshaushalts 2011 soll der Haushalt der Bundeszentrale um 1,55 Mio. Euro gekürzt werden. In den Folgejahren stehen weitere Kürzungen an: Die Reduzierung beträgt über 5 Mio. Euro. Werden diese Kürzungen realisiert, führt das zu erheblichen Konsequenzen für die in der politischen Bildung tätigen Träger, die für ihre pädagogische Arbeit von der bpb Fördermittel erhalten. Bis November berät der Bundestag noch über die Planungen. Deshalb hat der bap alle, denen die politische Bildung in unserer Demokratie am Herzen liegt, aufgerufen, sich für eine Änderung einzusetzen. Nähere Informationen finden sich auf der eigens für die Kampagne eingerichteten Website: [www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de](http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de).

Positiv zu verzeichnen war im Herbst 2010, dass eine große Zahl von Trägern Kontakt mit örtlichen Abgeordneten und örtlicher Presse aufnahmen, um zu erklären, welchen Beitrag sie für die demokratische Entwicklung in unserem Land leisten und welche negativen Folgen die Kürzungen für sie haben. Und es gab auch erste Erfolge: So erhielt der Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW im September eine Antwort des Bundesinnenministers, die zwar wieder die allgemeine Begründung für die Kürzungsnotwendigkeit bekräftigte, aber auch ankündigte, dass die im Bundeshaushalt für die Träger vorgesehene Kürzung von 778.000 Euro durch Umschichtungen und Mehreinnahmen reduziert werde. Es sei sogar zu erwarten, dass höchstens 1/5 davon tatsächlich erbracht werden müsse. Weiterhin wurde auf eine neue Förderlinie »Zusammenhalt durch Teilhabe« für Träger in den ostdeutschen Bundesländern verwiesen, mit dem ein Teil aufgefangen werden könne.

Diese Tendenz bestätigte auch Jürgen Herrmann, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss. Er erklärte Anfang Oktober gegenüber einer Bildungsstätte: »Auf der parlamentarischen Ebene sehen meine Kolleginnen und Kollegen allerdings die Notwendigkeit, in allen Bereichen einzusparen, denn Schuldenbremse, Schuldenabbau und ausgeglichener Haushalt geben uns das vor. Es wird also Kürzungen geben. Allerdings soll nach Möglichkeit nicht allein bei den Zuweisungen an die Bildungsträger gekürzt werden. Daher werde ich mich als zuständiger Berichterstatter für den Einzelplan (06/BMI) dafür einsetzen, dass eher im Bereich der Bundeszentrale gespart wird. Nur so können wir das unverzichtbare Bildungsangebot der freien Träger erhalten.« Ob es bei solchen Zusagen aus dem politischen Raum bleibt und damit die Gefährdungen für die Trägeraktivitäten verringert werden, wird sich zeigen. Es bleibt aber die Frage nach der mittelfristigen Finanzplanung, die drastische Reduzierungen

vorsieht. Dazu hat sich noch keiner aus Parlament und Regierung geäußert.

## Bildungsrepublik?

Die verschiedenen Ansagen zu einer »Bildungsrepublik Deutschland« haben Hoffnungen geweckt. Und es ist zu begrüßen, dass Bund und Länder nicht nur eine Strategie des Lebensbegleitenden Lernens verfolgen, sondern auch 10 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufzuwenden gedenken. Die eingeplanten Steigerungsraten sind erfreulich, auch wenn nicht alle Punkte zufriedenstellend gelöst sind. Erstaunlich ist aber, dass ein Arbeitsbereich von der 10 %-Regelung ausgenommen wird: die politische Bildung. Hier stehen vielmehr Kürzungen ins Haus. Sowohl im Bundeshaushalt 2011 als auch in den Folgejahren sind erhebliche Kürzungen statt Steigerungen vorgesehen. Natürlich ist das Innenministerium nicht die einzige Quelle, aus der der Bund politische Bildung fördert. Es ist aber eine unverzichtbare Quelle. Zudem bleibt der Widerspruch, dass auf der einen Seite stark erhöht und auf der anderen gekürzt wird. So ignoriert man die Bedeutung der politischen Bildung für die Demokratie: Bildung ist ein Schlüssel für die Gesellschaft und politische Bildung ein Schlüssel für die Demokratie!

Eins kommt hinzu, die Faktenlage ist nicht ganz eindeutig. Wer wissen will, wofür die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung verwendet

werden, wird nicht sofort fündig. Bekannt sind sicherlich die zahlreichen Publikationen der Bundeszentrale wie die »Informationen zur politischen Bildung« oder die Beilage zum Parlament »Aus Politik und Zeitgeschichte«. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen dieses Angebot, besuchen die Website mit ihrem reichhaltigen Material oder ziehen vor Wahlen den Wahl-O-Mat zur Orientierung heran. Was aber weniger bekannt ist: Die Bundeszentrale führt nicht nur eigene Aktivitäten durch, sondern fördert aus ihren Mitteln die politische Bildungsarbeit zahlreicher freier Träger. Wie sich über die Jahre die einzelnen Haushaltspositionen entwickelt haben und wie diese in Zukunft aussehen werden, lässt sich nur in mühsamer Kleinarbeit recherchieren. Dabei besteht keine Sicherheit, ob alle Aspekte wirklich einbezogen sind. Tabelle 1 unternimmt einen Versuch, die Entwicklungen des bpb-Haushalts und seiner Konsequenzen für die freien Träger deutlich zu machen (nähere Informationen unter der Webadresse <http://bund.offenerhaushalt.de>).

Der Gesamthaushalt der Bundeszentrale hat also seit 2004 ohne Berücksichtigung weiterer Fördergeber und Einnahmen bis 2010 um 0,928 Mio. Euro zugenommen. Das ist auf die Bemühungen der bpb zurückzuführen, ihr Angebot zu modernisieren und aktuell zu halten. Demgegenüber ist die Förderung der Träger im selben Zeitraum um 1,6 Mio. Euro zurückgegangen. Kostensteigerungen bei den Trägern wurden nicht durch

**Tabelle 1: Planung Bundeshaushalt und mittelfristige Finanzplanung**  
(lt. Haushaltstitel 53202-153, bpb, und 68402-153, Anteil freie Träger)

Jahr	bpb	Kürzung	davon an freie Träger	Kürzung/Kürzungsanteil	Anteil am bpb-Haushalt
2004	37.700 T €		8.400 T €		22,3 %
2010	38.628 T €		6.806 T €		17,6 %
2011	37.073 T €	-1.555 T €	=> 6.028 T €	-778 T € = ca. 50 %	16,3 %
2012	33.575 T €	-5.053 T €	=> 4.279 T €	-2.528 T € = ca. 51,5 %	12,7 %
2013	33.828 T €	-4.800 T €	=> 4.406 T €	-2.400 T € = ca. 50 %	13 %
2014	33.828 T €	-4.800 T €	=> 4.406 T €	-2.400 T € = ca. 50 %	13 %

**Tabelle 2: Kürzungsentwicklung**  
(Maßstab Haushalt 2010)

Jahr	Etat bpb	davon Sachmittel bpb	davon Trägerförderung
2011	37.073 T €	3,5 %	11,4 %
2012	33.575 T €	11,0 %	38,2 %
2013	33.828 T €	10,7 %	35,3 %
2014	33.828 T €	10,7 %	35,3 %

die Bereitstellung zusätzlicher Mittel aufgefangen, sondern mussten von den Trägern selbst getragen werden. Für diese Entwicklung ergeben sich keinerlei fachliche Gründe. Denn auf Trägerseite wurden – auf Vorschlag und in Abstimmung mit der bpb – erfolgreich Bemühungen zur Qualitätsentwicklung unternommen.

Dieses Engagement der Träger hatte und hat einen erheblichen Umfang. Von Seiten der Bundeszentrale wurde ein Runder Tisch der Träger eingerichtet, der regelmäßig über die Entwicklungen in der politischen Bildung berät und Schwerpunkte setzt. Im Abstand von zwei Jahren erstatten alle Träger einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit. Die geförderten Seminare werden regelmäßig von Tagungsbeobachtern besucht; deren Ergebnisberichte werden ausführlich dokumentiert und z.T. als Best-Practice-Beispiele veröffentlicht. In verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen werden aktuelle Fragen der politischen Bildung aufgegriffen. Zuletzt geschah dies Anfang 2010 mit dem Thema Web 2.0.

Das Missverhältnis in der Entwicklung der Haushaltspostionen ist deshalb nicht nachvollziehbar. Bis 2014 sind nun in der mittelfristigen Haushaltsplanung sogar Kürzungen vorgesehen (s. Tab. 2): Die »eigenen« Mittel der bpb sollen gegenüber 2004 um 3,872 Mio. Euro verringert werden. Für die Träger errechnet sich – wenn alles so bleibt – eine höhere Kürzung, nämlich um mehr als 4 Mio. Euro, also fast die Hälfte gegenüber 2004. Das hängt damit zusammen, dass die Kürzungen bisher in der Regel zu je 50 % auf den Haushaltstitel Sachmittel der bpb und die Trägerförderung aufgeteilt werden,

obwohl diese in der Größe völlig unterschiedlich sind.

Die Schlussfolgerung daraus ist: Die geplante Vorgehensweise hat existenzielle Konsequenzen für die geförderten Träger und deren politische Bildungsarbeit. Wenn sich die Kürzung für den Gesamtetat der bpb

nicht vermeiden lässt, dann muss die Reduzierung des Untertitels Trägerförderung zumindest sachgerecht vorgenommen werden, so dass die Kürzungen bei den freien Trägern die Haushaltsverteilung 2010 widerspiegeln, also bei 82,4 % (bpb) zu 17,6 % (Träger) liegen. Das würde im Jahr 2011 1.277.290 Euro für die bpb und 272.800 Euro für die freien Träger bedeuten. Stand Ende Oktober 2010 ist jedenfalls: Die Bemühungen der Träger, Parlament und Regierung von dieser Einschätzung zu überzeugen, zeigen Erfolge; der Kürzungsbetrag ist verringert, aber die Entwicklung nach unten nicht zurückgenommen!

*Lothar Harles*

## Bundeszentrale vernetzt weiter

Mit der Fachtagung zur politischen Bildung »Web 2.0: Potentiale, Akteure, Methoden«, die im Februar 2010 stattfand (vgl. den Bericht in EB 1/10), hat die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) den Startpunkt für einen Entwicklungsprozess in der außerschulischen Bildungsszene gesetzt: Im Laufe des Prozesses sollen die Werkzeuge des Web 2.0 in die politische Bildungsarbeit vor Ort integriert werden, wobei es ein zentrales Ziel ist, die Akteure der Bildungsarbeit und die Aktivisten aus der Internet-Welt zusammenzubringen. Darüber hinaus geht es darum, die politische Bildung im Web 2.0 sichtbarer zu machen sowie die Multiplikatoren/-innen der politischen Bildung »in direkten Kontakt« mit den Werkzeugen des Web 2.0 zu bringen, damit sie Erfahrungen für die eigene Bildungsarbeit machen können.

Deshalb hat die bpb in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk Hattingen im August 2010 unter den bei ihr anerkannten Trägern der politischen Bildung sowie in der Netzcommunity einen Aufruf zur Einreichung von Projekten gestartet. In der Folge wurden 34 Projektideen eingereicht, 23 Projektverantwortliche waren zu einem Kick-off-Workshop am 29. und 30. September 2010 eingeladen. Vor Ort wurden die Projekte in Werkstätten mit der Unterstützung von Web-2.0-Profis weiterentwickelt, die auch bei der Fachtagung im Februar anwesend waren. Nun läuft bis Ende März 2011 in den beteiligten Einrichtungen vor Ort eine Testphase. Die Schwierigkeiten, Erfahrungen, Rückmeldungen der unterschiedlichen Zielgruppen, Fragen etc. werden kontinuierlich auf einer geschlossenen Projektplattform untereinander wie mit den Netzexperten diskutiert. Am 12. April 2011 wird in Berlin ein Auswertungsworkshop stattfinden, zu dem die bpb rechtzeitig einladen wird. Dazu sind auch solche Träger eingeladen, die in der Vergangenheit schon Module des Web 2.0 in ihrer Bildungsarbeit methodisch eingesetzt haben. Bei dem April-Workshop wird es vor allem um den Erfahrungsaustausch, den Austausch von Beispielen guter Praxis und die Implementierung von Synergien gehen. Ansprechpartnerin in der bpb: cornelia.schmitz@bpb.bund.de, Informationen im Netz unter: [www.pb21.de](http://www.pb21.de).

*Cornelia Schmitz*